

Erlöse sollen Zukunft sichern

Zuschrift zur Informationsveranstaltung über die Trianel-Kraftwerksplanung am 15. Mai.

(...) Es ist im Grundsatz nachvollziehbar, wenn sich Bürgerbegehren gegen eine Anlage richten, die durch ihre schiere Größe, ihre Emissionen oder den Zu- und Abgangsverkehr Belastungen erzeugen würde.

Die Mitteilungen aus der Ärzteschaft weckten Ängste um die Gesundheit. Die viel zu spät eingesetzten Informationen über die Planungsabsichten ließen Unsicherheit über die konkreten Auswirkungen aufkommen; die anfangs schlampige Informationspolitik führte zu verständlichem Unmut.

Hinzu kommen sicherlich auch sachfremde Argumente wie Befürchtungen von Immobilienbesitzern um Wertverluste. In der Bürgerschaft herrscht eine Mischung aus Desinformation, diffusen Ängsten und Ärger. Es besteht die Gefahr, dass dieses politisch ausgenutzt wird.

Wer gemäß dem Sankt-Florians-Prinzip das Kraftwerk vor der Haustür bekämpft und hinter der Haustür das Arsenal moderner Haushaltsgeräte betreibt, ist bedingt glaubwürdig. Welche hiesige Bürgerinitiative hat sich in den vergangenen Jahren vehement gegen Braunkohlekraftwerke, für eine effiziente Energieerzeugung und vor allem für das alltägliche Energiesparen eingesetzt?

(...) Gefragt ist der Spagat zwischen den guten machbaren Lösungen heute und der Vision vom morgen, die den fundamentalen Fehler, von allen Ressourcen zu viel zu verbrauchen, korrigiert.

Von dieser Grundlage ausgehend böte ein hochwirtschaftliches Kraftwerk in der Hand des öffentlich-rechtlichen Sektors Chancen. Die Stärkung des Stadtwerkeverbundes Trianel versetzte diesen in die Lage, in die Technologien von morgen zu investieren.

Die politische Forderung muss deshalb lauten: Die Erlöse aus dem Kraftwerksbetrieb sollen die Zukunft sichern. Das wird möglich sein, denn im Gegensatz zu anderen großen Energieer-

zeugern sind die Stadtwerke noch durch lokale Politik beeinflussbar.

(...) Warum nicht mit den versprochenen Gewerbesteuererinnahmen zweckgebunden Projekte dezentraler und hocheffizienter Energieerzeugung fördern und ökologischen Stadtumbau betreiben?

(...) Die Landesplanung muss sich mit der Kraftwerk-Standortplanung befassen. Sie muss rechtzeitig informieren und Vorranggebiete großräumig abstimmen. (...).

■ **Jens Kater**
Lorenzstraße 49

Schlechten Ruf verbessern

Stellungnahme zum selben Thema.

Zu der Aussage des Herrn Bürgermeisters Stodollick am 15. Mai in der Podiumsdiskussion, dass wir Lünen nicht schlecht reden sollen, möchten wir folgendes anmerken:

Die Mehrheit der Lünener Bürger würde gerne darüber reden,

■ dass Lünen in der Statistik der Lanuv (s. den Artikel der RN vom 17.5. über Gesamtbelastung) die aktuellen schlechten Werte der Schadstoffbelastung wesentlich verbessern würde, was jedoch mit dem geplanten Steinkohle-Kraftwerk auf keinen Fall geschieht;

■ dass wir genug Bäder haben und keine geschlossen werden,

■ dass keine Grundschulen sterben müssen,

■ dass die Geruchsbelästigungen in Lünen aufhören,

■ dass die in der Vergangenheit gute Jugendarbeit nicht drastisch eingeschränkt wird,

■ dass der Service für die Bürger der liebenswerten Stadt nicht eingeschränkt wird (Schließung Verwaltungs-Nebenstelle).

Zu den subjektiven Erlebnissen des Bürgermeisters kann man nur sagen, diese sind irrelevant, denn objektiv werden wir erleben, dass sich die Schadstoffemissionen in Lünen durch das neue Steinkohlekraftwerk wesentlich erhöhen (...).

Wir geben die Hoffnung aber nicht auf, dass unsere gewählten Ratsvertreter bis zum 14. Juni einsichtig werden und dazu beitragen, den derzeitigen schlechten Ruf

unserer Heimatstadt Lünen durch ein „Nein“ zum Kohlekraftwerk zu verbessern. (...)

■ **Erika und Joachim Wilmes**
Am Kelmbach 1